

**Geschäftsordnung
der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche
in Norddeutschland
(Geschäftsordnung Landessynode – LSynGeschO)**

Vom 4. Dezember 2013

(KABl. 2014 S. 63, 127)

Vollzitat:

Geschäftsordnung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche
in Norddeutschland vom 4. Dezember 2013 (KABl. 2014 S. 63, 127),
die zuletzt durch Beschluss der Landessynode vom 3. Dezember 2024
(KABl. A Nr. 94 S. 273) geändert worden ist

Änderungen

Lfd. Nr.	Änderndes Recht	Datum	Fundstelle	Geänderte Gliederungs-einheiten	Art der Änderung
1	Beschluss zur 1. Änderung der Geschäftsordnung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland	31. März 2017	KABl. S. 230	Inhaltsübersicht, Angabe zu § 17 § 17, Überschrift Abs. 3 bis 5	Wort eingefügt Wort eingefügt angefügt
2	Beschluss zur 2. Änderung der Geschäftsordnung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland	15. Oktober 2018	KABl. S. 411	§ 1 Abs. 3	Wörter eingefügt

Lfd. Nr.	Änderndes Recht	Datum	Fundstelle	Geänderte Gliederungseinheiten	Art der Änderung
3	Beschluss zur 3. Änderung der Geschäftsordnung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland	22. November 2019	KABl. S. 580	§ 6 Abs. 1 bish. § 7 Abs. 2 Satz 2 bish. Abs. 3 und 4 § 8 Abs. 3 Satz 2 § 12 Abs. 2 Satz 2 neuer Satz 3 bish. Sätze 3 bis 6 Abs. 3 Satz 1 § 14 Abs. 2 Satz 1 Satz 3 § 15 Abs. 1 § 25 Abs. 1 Satz 3 § 26 Abs. 2 § 27 Abs. 5 Satz 5 § 31 Abs. 2	Wort gestrichen wird Abs. 3 und Wort ersetzt werden Abs. 4 und 5 angefügt Wort ersetzt eingefügt werden Sätze 4 bis 7 neu gefasst Wörter ersetzt neu gefasst Wörter ersetzt neu gefasst Wort gestrichen Wort eingefügt Wörter ersetzt

Lfd. Nr.	Änderndes Recht	Datum	Fundstelle	Geänderte Gliederungseinheiten	Art der Änderung
4	Beschluss zur 4. Änderung der Geschäftsordnung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland ¹	8. März 2022	KABl. S. 106	§ 2 Abs. 3 Satz 2 § 2a § 3 Abs. 1 Satz 1 Satz 3 § 6 Abs. 2 Satz 1 § 7 Abs. 5 Satz 2 § 8 Abs. 3 Satz 1 § 9 Abs. 1 § 10 Satz 1 § 12 Abs. 2 Satz 5 Abs. 3 Satz 1 § 13 Abs. 1 Satz 2 Abs. 2 Satz 5 Abs. 4 § 13a	neu gefasst eingefügt neu gefasst angefügt neu gefasst neu gefasst Angabe ersetzt neu gefasst neu gefasst neu gefasst Wort durch Satzzeichen ersetzt und Wörter angefügt Wörter gestrichen Wörter eingefügt angefügt eingefügt

¹ Red. Anm.: Über die hier aufgeführten inhaltlichen Änderungen hinaus wurde das Inhaltsverzeichnis der Geschäftsordnung redaktionell angepasst.

Lfd. Nr.	Änderndes Recht	Datum	Fundstelle	Geänderte Gliederungseinheiten	Art der Änderung
				§ 15 Abs. 2 Nr. 7	Satzzeichen ersetzt
				Nr. 8	angefügt
				§ 17 Abs. 3 Satz 2	aufgehoben
				Satz 3	angefügt
				Abs. 4 Satz 2	neu gefasst
				§ 18 Abs. 2 Satz 4	neu gefasst
				Abs. 3 Satz 3	neu gefasst
				Abs. 4 Satz 1	Wörter ein- gefügt
				Abs. 5	angefügt
				§ 19 Abs. 1	neu gefasst
				Abs. 4 Nr. 1 Abs. 5	Wort ersetzt neu gefasst
				§ 24 Abs. 1 Abs. 5	neu gefasst neu gefasst
				§ 25 Abs. 1	neu gefasst
				Abs. 5 Satz 2 Abs. 6	aufgehoben aufgehoben
				§ 26 Abs. 1 Satz 2 Satz 5	neu gefasst angefügt
				§ 27 Abs. 6 bis 9	neu gefasst
				§ 28 Abs. 2 Satz 1	neu gefasst

Lfd. Nr.	Änderndes Recht	Datum	Fundstelle	Geänderte Gliederungseinheiten	Art der Änderung
				Satz 3 § 31 Abs. 3 Satz 3 § 32 Abs. 2 Satz 1 Abs. 4 Satz 1 Abs. 6 § 34 Abs. 1 Satz 1	angefügt angefügt neu gefasst neu gefasst neu gefasst Wörter ersetzt
5	Beschluss zur 5. Änderung der Geschäftsordnung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland ¹	3. Dezember 2024	KABl. A Nr. 94 S. 273	§ 18a § 31 Abs. 7 Anlage 1	eingefügt neu gefasst angefügt

¹ Red. Anm.: Über die hier aufgeführten inhaltlichen Änderungen hinaus wurde das Inhaltsverzeichnis der Geschäftsordnung redaktionell angepasst.

Die Landessynode hat sich gemäß Artikel 6 Absatz 10 der Verfassung die folgende Geschäftsordnung gegeben:

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1 Einberufung, Teilnahme und Konstituierung

- § 1 Synodale, Gelöbnis
- § 2 Einberufung
- § 2a Tagung als Videokonferenz
- § 3 Tagesordnung
- § 4 Teilnahme
- § 5 Konstituierende Tagung
- § 6 Beschlussfähigkeit

Abschnitt 2 Ämter

- § 7 Präsidium
- § 8 Wahl des Präsidiums
- § 9 Beisitzerinnen bzw. Beisitzer und Schriftführerinnen bzw. Schriftführer

Abschnitt 3 Tagungsablauf und Verfahrensvorschriften

- § 10 Gottesdienst und Andachten
- § 11 Öffentlichkeit
- § 12 Teilnahmeberechtigte, Gäste
- § 13 Ordnungsbefugnisse
- § 13a Technische Störungen
- § 14 Redeordnung
- § 15 Geschäftsordnungsanträge
- § 16 Besondere Arbeitsformen
- § 17 Bild- und Tonaufzeichnungen, Live-Stream
- § 18 Niederschrift
- § 18a Schutzkonzept

Abschnitt 4 Beratungen, Abstimmungen, Wahlen

- § 19 Selbstständige Anträge und Vorlagen
- § 20 Beratung von Beschlussvorlagen im Allgemeinen
- § 21 Beratung von Gesetzesvorlagen
- § 22 Beratung des Haushalts
- § 23 Mitwirkung der Theologischen Kammer
- § 24 Beteiligung der Ausschüsse
- § 25 Änderungsanträge
- § 26 Abstimmungen
- § 27 Wahlen
- § 28 Anfragen
- § 29 Eingaben

Abschnitt 5 Ausschüsse

- § 30 Aufgaben
- § 31 Zusammensetzung
- § 32 Einberufung, Sitzungen

Abschnitt 6 Allgemeines

- § 33 Geschäftsstelle der Landessynode
- § 34 Anwendung der Geschäftsordnung

Abschnitt 7 Schlussbestimmung

- § 35 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Anlage 1 (zu § 18a)

Schutzkonzept für die Landessynode der Nordkirche

Leitbild der Landessynode der Nordkirche
Pflichten der Teilnehmenden
Sensibilisierung
Meldungen
Evaluation

Abschnitt 1

Einberufung, Teilnahme und Konstituierung

§ 1

Synodale, Gelöbnis

- (1) Synodale im Sinne dieser Geschäftsordnung sind die Mitglieder der Landessynode und deren stellvertretende Mitglieder im Falle der Verhinderung eines Mitgliedes.
- (2) ¹Die Synodalen treten ihr Amt mit dem Gelöbnis an. ²Das Gelöbnis wird für die Dauer der Wahlperiode vor der Landessynode gegenüber der bzw. dem Präses abgelegt. ³Bei der konstituierenden Tagung nimmt das Gelöbnis das vorsitzende Mitglied der Kirchenleitung ab. ⁴Nachrückende Synodale, die das Gelöbnis als Stellvertreterinnen oder Stellvertreter schon abgelegt haben, treten ihr Amt mit Unterrichtung durch die bzw. den Präses an.
- (3) Das Gelöbnis hat folgenden Wortlaut: „Ich gelobe vor Gott und dieser Gemeinde, das mir anvertraute Amt als Mitglied dieser Landessynode gemäß dem Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und im Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche bezeugt ist, zu führen. Ich bin bereit, gemäß der Verfassung Verantwortung zu übernehmen für den Gottesdienst, für die diakonischen und missionarischen Aufgaben sowie für Lehre, Leben und Ordnung der Kirche.“

§ 2

Einberufung

- (1) ¹Die Landessynode soll jährlich mindestens zweimal zusammentreten. ²Sie ist auf Antrag eines Viertels ihrer Mitglieder sowie auf Antrag der Kirchenleitung oder der Landesbischöfin bzw. des Landesbischofs einzuberufen.
- (2) ¹Die Landessynode wird zu ihrer konstituierenden Tagung von der Kirchenleitung einberufen. ²Die konstituierende Tagung wird bis zu der Wahl einer bzw. eines Präses vom vorsitzenden Mitglied der Kirchenleitung geleitet.
- (3) ¹Zu den weiteren Tagungen wird von der bzw. dem Präses einberufen. ²Das Präsidium bestimmt Ort, Termin, Zeit und Verfahrensweise der Tagungen nach Beratung mit der Kirchenleitung.

§ 2a

Tagung als Videokonferenz

- (1) ¹Die Landessynode tagt in der Regel in persönlicher Anwesenheit. ²Eine Teilnahme aller oder einzelner Mitglieder mittels Videokonferenz kann erfolgen, wenn das Präsidium die persönliche Teilnahme vor Ort aufgrund außerordentlicher Bedingungen für nicht geboten hält. ³Die Landessynode kann nach Frage des Präsidiums mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Synodalen beschließen, einzelne Tagungen oder Teile davon als Videokonferenz durchzuführen. ⁴Tritt die Landessynode mehr als zweimal im Jahr zusammen, soll wenigstens eine Tagung im Jahr als Videokonferenz stattfinden.
- (2) ¹Findet die Tagung als Videokonferenz statt, sind den Teilnehmereberechtigten die Zugangsdaten spätestens 24 Stunden vorher zu übermitteln. ²Erforderlichenfalls ist auf Orte hinzuweisen, an denen die notwendige technische Ausstattung zur Verfügung gestellt wird.

§ 3

Tagesordnung

- (1) ¹Die Einladung erfolgt schriftlich oder in Textform. ²Sie soll den Synodalen spätestens einen Monat vor dem Tag des Beginns der Tagung der Landessynode zugehen und eine vorläufige Tagesordnung enthalten, die vom Präsidium in Abstimmung mit der Kirchenleitung erstellt wird. ³Erfolgt die Einladung in Textform, gilt § 19 Absatz 5 Satz 3 entsprechend.
- (2) ¹Die Landessynode stellt die endgültige Tagesordnung fest. ²Erweiterungen der vorläufigen Tagesordnung sind nur zulässig, wenn mindestens zwei Drittel der anwesenden Synodalen zustimmen.

§ 4

Teilnahme

- (1) ¹Die Mitglieder der Landessynode sind verpflichtet, an allen Tagungen teilzunehmen. ²Ihre Verhinderung müssen sie der Geschäftsstelle der Landessynode so rechtzeitig mitteilen, dass die stellvertretenden Mitglieder benachrichtigt werden können.
- (2) ¹Synodale, die der Tagung zeitweise fernbleiben müssen, melden sich bei der bzw. dem Präses ab. ²Eine zeitweise Stellvertretung ist nicht zulässig.

§ 5

Konstituierende Tagung

- (1) Das vorsitzende Mitglied der Kirchenleitung eröffnet die konstituierende Tagung der Landessynode, benennt vorläufige Beisitzerinnen und Beisitzer sowie Schriftführerinnen und Schriftführer.
- (2) ¹Das vorsitzende Mitglied der Kirchenleitung stellt die Beschlussfähigkeit durch Namensaufruf fest und leitet die Wahl der bzw. des Präses durch die Landessynode. ²Unter der Leitung der bzw. des gewählten Präses wählt die Landessynode zwei Vizepräses.

§ 6

Beschlussfähigkeit

- (1) Die Landessynode ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.
- (2) ¹Die Beschlussfähigkeit wird zu Beginn der Tagung vom Präsidium der Landessynode durch Namensaufruf festgestellt; der Namensaufruf kann durch eine elektronische Anwesenheitsfeststellung ersetzt werden. ²Die Feststellung der Beschlussfähigkeit braucht im Laufe der Tagung nur wiederholt zu werden, wenn die Beschlussfähigkeit angezweifelt wird. ³Wird sie angezweifelt und die Beschlussunfähigkeit festgestellt, bleiben davor liegende Abstimmungen und Wahlen wirksam.

Abschnitt 2

Ämter

§ 7

Präsidium

- (1) Das Präsidium der Landessynode besteht aus der bzw. dem Präses und den zwei Vizepräses.
- (2) Das Präsidium führt die Geschäfte der Landessynode und vertritt diese im kirchlichen und öffentlichen Leben.

- (3) Das Präsidium legt die Vertretung innerhalb des Präsidiums fest und teilt sie der Landessynode unverzüglich mit.
- (4) Das Präsidium bereitet die Tagungen der Landessynode in Abstimmung mit der Kirchenleitung vor, beschließt über die vorläufige Tagesordnung, besondere Arbeitsformen, den vorläufigen Verlaufsplan, die Einladung von Gästen und über Veranstaltungen.
- (5) 1Das Präsidium eröffnet, leitet und schließt die Tagungen. 2Vor Schluss der Tagung teilt das Präsidium Ort, Termin, Zeit und Verfahrensweise der nächsten Tagung mit.

§ 8

Wahl des Präsidiums

- (1) Das Präsidium wird auf der konstituierenden Tagung der Landessynode aus ihrer Mitte in getrennten Wahlgängen und in geheimer Wahl für die Dauer der Wahlperiode gewählt.
- (2) 1Die bzw. der Präses wird aus der Gruppe der ehrenamtlichen Mitglieder der Landessynode gewählt. 2Eine bzw. ein Vizepräses wird aus der Gruppe der Pastorinnen und Pastoren gewählt.
- (3) 1Für das Wahlverfahren gilt § 27 Absatz 4, Absatz 6 Satz 1 und 2 sowie Absatz 7 entsprechend. 2Stehen in einem Wahlgang mehrere Kandidatinnen bzw. Kandidaten zur Wahl, müssen die weiteren Kandidierenden bei der persönlichen Vorstellung nach § 27 Absatz 4 Satz 2 jeweils den Raum verlassen.
- (4) Gewählt ist, wer
1. bei einem Wahlvorschlag mit einem Namen zwei Drittel,
 2. bei einem Wahlvorschlag mit mehreren Namen mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Synodalen erhält.
- (5) Kommt die erforderliche Mehrheit nicht zustande, ist in einem zweiten Wahlgang gewählt, wer
1. bei einem Wahlvorschlag mit einem Namen mehr als die Hälfte,
 2. bei einem Wahlvorschlag mit mehreren Namen von den beiden Kandidatinnen bzw. Kandidaten, die im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erhielten und die sich erneut zur Wahl stellen, die meisten
- der Stimmen der anwesenden Synodalen erhält.
- (6) 1Wird die gemäß den Absätzen 4 und 5 erforderliche Mehrheit nicht erreicht oder erreichen zwei verbleibende Kandidatinnen bzw. Kandidaten im zweiten Wahlgang die gleiche Stimmenzahl, so erklärt
1. bei der Wahl der bzw. des Präses das vorsitzende Mitglied der Kirchenleitung die Wahlhandlung für beendet und stellt fest, dass die Wahl einer bzw. eines Präses nicht zustande gekommen ist,

2. bei der Wahl einer bzw. eines Vizepräses die bzw. der Präses die Wahlhandlung für beendet und stellt fest, dass die Wahl einer bzw. eines Vizepräses nicht zustande gekommen ist.

2Danach ist unverzüglich in ein erneutes Wahlverfahren einzutreten.

- (7) Bei Notwendigkeit einer Nachwahl von einzelnen Mitgliedern des Präsidiums gelten die Absätze 1 bis 6 sowie § 27 Absatz 1 und 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Wahl unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Präsidiums erfolgt.

§ 9

Beisitzerinnen bzw. Beisitzer und Schriftführerinnen bzw. Schriftführer

- (1) 1Zur Unterstützung des Präsidiums und auf seinen Vorschlag wählt die Landessynode aus ihrer Mitte für jede Tagung zwei Beisitzerinnen bzw. Beisitzer. 2Findet die Tagung mittels Videokonferenz statt, kann das Präsidium darauf verzichten.

- (2) Zur Vorbereitung der Niederschrift beruft die bzw. der Präses mit Zustimmung der Landessynode Schriftführerinnen bzw. Schriftführer, die nicht Synodale sind.

Abschnitt 3

Tagungsablauf und Verfahrensvorschriften

§ 10

Gottesdienst und Andachten

- 1Während jeder Tagung der Landessynode findet ein Gottesdienst statt, der die gemeinsame Feier des Abendmahles einschließen soll. 2Die Sitzungstage werden in der Regel mit einer Andacht begonnen und beschlossen.

§ 11

Öffentlichkeit

- (1) Die Tagungen der Landessynode sind öffentlich.
- (2) 1Durch Beschluss der Landessynode kann die Öffentlichkeit – Personen, die nicht Synodale oder Teilnahmeberechtigte sind – für einzelne Beratungsgegenstände ausgeschlossen werden. 2Über den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nicht öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen. 3Der Beschluss wird unverzüglich in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben.

§ 12**Teilnahmeberechtigte, Gäste**

(1) ¹Die Jugenddelegierten und die Vertreterinnen bzw. Vertreter der Nordschleswigschen Gemeinde nehmen an den Tagungen der Landessynode mit Rede- und Antragsrecht teil. ²Auf sie findet § 1 Absatz 2 und 3 entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, dass im Gelöbnis das Wort „Mitglied“ ersetzt wird durch die Worte „Jugenddelegierte oder Jugenddelegierter bzw. Vertreterin oder Vertreter der Nordschleswigschen Gemeinde“. ³Für sie gelten hinsichtlich ihres Rede- und Antragsrechts die für die Synodalen in der Geschäftsordnung enthaltenen Bestimmungen entsprechend.

(2) ¹Die Bischöfinnen und Bischöfe, die Präsidentin bzw. der Präsident des Landeskirchenamtes oder die jeweiligen Stellvertretungen sowie die Mitglieder des Kollegiums des Landeskirchenamtes oder deren Stellvertretungen nehmen an den Tagungen der Landessynode mit beratender Stimme teil. ²Das vorsitzende oder das stellvertretende vorsitzende Mitglied der Theologischen Kammer kann an den Tagungen der Landessynode mit beratender Stimme teilnehmen. ³Je zwei von den zuständigen Gremien benannte Vikarinnen bzw. Vikare und Theologiestudentinnen bzw. Theologiestudenten können an den Tagungen der Landessynode mit Rederecht teilnehmen. ⁴Bei Vorlagen und Kirchengesetzen, die die Kammer für Dienste und Werke betreffen, kann die bzw. der Vorsitzende oder die bzw. der stellvertretende Vorsitzende der Kammer für Dienste und Werke an den Sitzungen der Landessynode beratend teilnehmen. ⁵Die Geschäftsführungen der ständigen Ausschüsse, die bzw. der Datenschutzbeauftragte oder deren bzw. dessen Stellvertretung, die Kommunikationsdirektorin bzw. der Kommunikationsdirektor oder im Verhinderungsfall die zu ihrer bzw. seiner Vertretung bestimmte Person, die Landeskirchlichen Beauftragten bei Landesparlament und Landesregierung, eine Vertreterin bzw. ein Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes sowie die beauftragte Person für Geschlechtergerechtigkeit werden vom Präsidium zu den Tagungen der Landessynode hinzugezogen. ⁶Die Geschäftsführungen der weiteren Ausschüsse können vom Präsidium zu den Tagungen der Landessynode hinzugezogen werden. ⁷Weitere Mitarbeitende des Landeskirchenamtes können in Absprache mit der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Landeskirchenamtes vom Präsidium eingeladen werden, wenn es im Zusammenhang mit der Tagesordnung sinnvoll erscheint.

(3) ¹Ständige Gäste sind jeweils eine Person als Vertretung der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, der Union Evangelischer Kirchen, des Vorstands des Gesamtausschusses der Mitarbeitervertretungen, der Pastorinnen- und Pastorenvertretung und des Kirchenbeamtenausschusses. ²Das Präsidium kann weitere Gäste zulassen.

§ 13

Ordnungsbefugnisse

- (1) ¹Das Präsidium übt während der Tagung das Hausrecht aus und trifft die für den ungestörten Ablauf notwendigen Anordnungen. ²Kundgebungen und Ausstellungen durch Wort, Schrift oder Bild sowie das Auslegen und Verteilen von Schriften sind nur mit Einwilligung des Präsidiums zulässig.
- (2) ¹Das Präsidium kann Synodale, Teilnahmeberechtigte, Gäste oder weitere Personen, die die Ordnung verletzen, zur Ordnung rufen. ²Das Präsidium kann Rednerinnen bzw. Redner, die vom Beratungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen. ³Wird eine Rednerin bzw. ein Redner zum zweiten Mal zur Ordnung oder zur Sache gerufen, kann das Präsidium ihr bzw. ihm das Wort entziehen. ⁴Ist einer Rednerin bzw. einem Redner das Wort entzogen worden, darf es ihr bzw. ihm zum selben Beratungsgegenstand nicht wieder erteilt werden. ⁵Gegen eine Maßnahme des Präsidiums nach Satz 1, 2 oder 3 kann schriftlich oder in Textform die Entscheidung der Landessynode beantragt werden. ⁶Diese entscheidet endgültig darüber, ob die Maßnahme des Präsidiums gerechtfertigt war.
- (3) Wird die Ordnung der Sitzung verletzt und bleibt ein Ordnungsruf ohne Erfolg, kann das Präsidium die Sitzung unterbrechen, einzelne Störerinnen bzw. Störer entfernen lassen oder den Zuschauerraum räumen lassen.
- (4) Die Ordnungsbefugnisse gelten bei Tagungen mittels Videokonferenz entsprechend.

§ 13a

Technische Störungen

- (1) Findet die Tagung als Videokonferenz statt und ist aufgrund einer dauerhaften technischen Störung einzelnen Mitgliedern oder Teilnahmeberechtigten die Teilnahme an der Sitzung nicht möglich, hat die betroffene Person dies der Geschäftsstelle unverzüglich mitzuteilen.
- (2) Ist die Bildübertragung bei einzelnen Mitgliedern oder Teilnahmeberechtigten gestört, ist eine Sitzungsteilnahme mittels Tonübertragung möglich, wenn das Präsidium dies bestimmt.
- (3) ¹Ist die Tonübertragung oder die Bild- und Tonübertragung bei einzelnen Mitgliedern oder Teilnahmeberechtigten gestört und dadurch eine ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung nicht möglich, unterbricht das Präsidium die Sitzung zur Wiederherstellung der Kommunikationsfähigkeit. ²Das Präsidium hat die Sitzung abbrechen, wenn die Kommunikationsfähigkeit in angemessener Zeit nicht wieder hergestellt werden kann oder ein Viertel aller teilnehmenden Mitglieder dies verlangt.
- (4) Die Regelungen über die Beschlussfähigkeit bleiben unberührt.

§ 14

Redeordnung

(1) ¹Die bzw. der Präses erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. ²Wenn die bzw. der Präses sich als Rednerin bzw. Redner an der Beratung beteiligen will, gibt sie bzw. er den Vorsitz ab.

(2) ¹Wer Anträge oder Vorlagen einbringt, erhält das Wort zu Beginn der Beratung. ²Die Bischöfinnen bzw. Bischöfe und die Präsidentin bzw. der Präsident des Landeskirchenamtes oder die jeweiligen Stellvertretungen erhalten das Wort auch außerhalb der Rednerliste bis zum Beginn der Abstimmung über einen Tagesordnungspunkt. ³Wer Anträge oder Vorlagen einbringt, erhält das Wort auf ihren bzw. seinen Wunsch nach Schluss der Beratung als Letzte bzw. als Letzter.

(3) ¹Weiteren Teilnahmerechtigten nach § 12 Absatz 2 kann vom Präsidium das Wort erteilt werden. ²Gästen kann das Wort mit Zustimmung der Landessynode erteilt werden.

§ 15

Geschäftsordnungsanträge

(1) ¹Anträge und Wortmeldungen zur Geschäftsordnung haben Vorrang, sie können mündlich gestellt werden. ²Eine Rednerin bzw. ein Redner oder eine Abstimmung soll durch sie jedoch nicht unterbrochen werden. ³Es besteht ein Recht zur Gegenrede. ⁴Über Anträge zur Geschäftsordnung nach Absatz 2 beschließt die Landessynode unverzüglich ohne Aussprache.

(2) Wortmeldungen und Anträge zur Geschäftsordnung können sich insbesondere beziehen auf

1. Zweifel über die Anwendung oder Auslegung dieser Geschäftsordnung,
2. die Fassung von Anträgen oder die Reihenfolge ihrer Abstimmung,
3. den Ausschluss der Öffentlichkeit,
4. die Art der Abstimmung (offen oder geheim),
5. die Begrenzung der Redezeit,
6. den Schluss der Rednerliste,
7. den Schluss der Beratung,
8. die Überweisung einer Vorlage an einen Ausschuss (§ 24 Absatz 3).

(3) Einen Antrag nach Absatz 2 Nummer 5 bis 7 kann nicht stellen, wer bereits zur Sache gesprochen hat.

(4) Wird ein Antrag auf Schluss der Rednerliste oder auf Schluss der Beratung gestellt, werden die noch auf der Rednerliste stehenden Namen verlesen.

§ 16

Besondere Arbeitsformen

- (1) ¹Das Präsidium kann für die Behandlung bestimmter Themen besondere Arbeitsformen, insbesondere Gruppenarbeit, vorsehen; darauf ist in der Einladung hinzuweisen. ²Die Beratung eines Kirchengesetzes und des Haushalts kann nicht in Gruppenarbeit erfolgen.
- (2) ¹Gruppenarbeit ist – abweichend von § 11 – nicht öffentlicher Teil der Tagung der Landessynode und dient der Vorbereitung der Beratungen der Landessynode. ²Das Präsidium entscheidet über die Hinzuziehung von Gästen mit beratender Stimme. ³Die Landessynode kann beschließen, dass vor Beginn der Gruppenarbeit eine allgemeine Aussprache stattfindet. ⁴Die Landessynode kann bei der Feststellung der endgültigen Tagesordnung eine vom Präsidium vorgesehene Gruppenarbeit ablehnen.
- (3) ¹Die Gruppe kann zum Thema der Gruppenarbeit Anträge an die Landessynode beschließen, die von einer bzw. einem Synodalen eingebracht werden. ²Auf Vorschlag des Präsidiums kann die Landessynode den Einsatz eines Redaktionsausschusses beschließen, der die Anträge der Gruppen in die Beschlussvorlage einarbeitet.
- (4) ¹Über Gruppenarbeiten wird kein Protokoll geführt, eine Aufzeichnung auf Tonträger erfolgt nicht. ²Geheime Abstimmungen finden nicht statt.

§ 17

Bild- und Tonaufzeichnungen, Live-Stream

- (1) ¹Die Beratungen der Landessynode werden in vollem Umfang durch die Geschäftsstelle der Landessynode auf Tonträger aufgezeichnet. ²Die Aufzeichnungen stehen nur dem Präsidium und den Schriftführerinnen bzw. Schriftführern für die Vorbereitung der Niederschrift zur Verfügung. ³Das Abhören durch andere Personen bedarf der Einwilligung des Präsidiums und der betreffenden Rednerin bzw. des betreffenden Redners.
- (2) ¹Bild- oder Tonaufzeichnungen durch Andere bedürfen der Einwilligung des Präsidiums. ²Dieses sorgt dafür, dass die Arbeitsfähigkeit der Landessynode nicht beeinträchtigt wird. ³Synodale können der Aufzeichnung ihres Wortbeitrages nach Satz 1 widersprechen.
- (3) ¹Die öffentlichen Teile der Tagung der Landessynode können per Live-Stream (Übertragung von Wort und Bild ohne redaktionelle Aufbereitung) übertragen werden. ²Das Präsidium legt fest, welche Teile der Tagung der Landessynode per Live-Stream übertragen werden sollen, und legt fest, welche Teile auch nach der Synodentagung zur Verfügung stehen sollen, es sei denn, dass die jeweilige Rednerin bzw. der jeweilige Redner widerspricht. ³ Im Übrigen erfolgt keine dauerhafte Speicherung der übertragenen Inhalte.
- (4) ¹Das Präsidium kann die Übertragung der Tagung per Live-Stream jederzeit untersagen, ab- und unterbrechen. ²Die Übertragung der Tagung darf den Ablauf und die Ordnung der Tagung nicht beeinträchtigen.

(5) ¹Synodale, Teilnahmeberechtigte, Gäste und sonstige Rednerinnen und Redner, die einer Übertragung ihrer Wortbeiträge widersprechen, zeigen dies dem Präsidium an. ²Diese Anzeige gilt bis auf Widerruf. ³Die Übertragung wird für den Zeitraum des Wortbeitrags der Rednerin bzw. des Redners unterbrochen.

§ 18

Niederschrift

(1) ¹Über jede Tagung der Landessynode wird ein Beschlussprotokoll angefertigt. ²Es muss die endgültige Tagesordnung, die Feststellung der Beschlussfähigkeit, die Anträge, die Beschlüsse und die Wahlergebnisse enthalten.

(2) ¹Es wird eine gekürzte Wortniederschrift geführt. ²Jede Rednerin bzw. jeder Redner erhält die von den Schriftführerinnen bzw. Schriftführern erstellte Fassung ihres bzw. seines Beitrags zur Überprüfung. ³Berichtigungen dürfen den Sinn der Ausführungen nicht verändern. ⁴Wird der erstellte Beitrag nicht innerhalb der vom Präsidium bestimmten Frist zurückgegeben, gilt er als gebilligt.

(3) ¹Das Beschlussprotokoll und die Wortniederschrift werden von der bzw. dem Präses und einer bzw. einem Vizepräses unterzeichnet. ²Danach erhalten die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder der Landessynode einen Hinweis auf die Fundstelle. ³§ 19 Absatz 5 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) ¹Das Beschlussprotokoll und die Wortniederschrift gelten als genehmigt, wenn innerhalb eines Monats nach Zugang des Hinweises nach Absatz 3 Satz 2 keine der Empfängerinnen bzw. keiner der Empfänger schriftlich oder in Textform gegenüber dem Präsidium widersprochen hat. ²Erfolgt ein Widerspruch, entscheidet die Landessynode auf ihrer nächsten Tagung über die Genehmigung des Beschlussprotokolls bzw. der Wortniederschrift.

(5) Das Präsidium kann bestimmen, dass Beschlüsse, mit denen sich die Landessynode an die Öffentlichkeit wendet, im Kirchlichen Amtsblatt bekannt gegeben werden.

§ 18a

Schutzkonzept

¹Jegliches Handeln der Landessynode der Nordkirche ist an christlich-ethischen Werten und Prinzipien orientiert. ²Dazu gibt sich die Landessynode ein Schutzkonzept (Anlage 1).

Abschnitt 4

Beratungen, Abstimmungen, Wahlen

§ 19

Selbstständige Anträge und Vorlagen

(1) 1Mitglieder der Landessynode können selbstständige Anträge und Vorlagen nach Artikel 110 Absatz 1 der Verfassung an die Landessynode richten; diese bedürfen der Unterstützung von mindestens zehn Mitgliedern der Landessynode. 2Die Unterstützung kann auch in Textform gegenüber der Geschäftsstelle erklärt werden. 3Es steht im Ermessen des Präsidiums, die unterstützenden Mitglieder vor Feststellung der Tagesordnung aufzurufen. 4Es müssen sich dann wenigstens zehn der aufgerufenen Mitglieder zur Unterstützung bekennen.

(2) Weiter können selbstständige Anträge an die Landessynode gerichtet werden von

1. einer Kirchenkreissynode,
2. der Landesbischöfin bzw. dem Landesbischof,
3. der Kammer für Dienste und Werke in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches.

(3) Darüber hinaus können Vorlagen an die Landessynode gerichtet werden von

1. der Kirchenleitung,
2. ständigen Ausschüssen der Landessynode in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

(4) Vorlagen von Kirchengesetzen (Gesetzesvorlagen) können gemäß Artikel 110 Absatz 1 der Verfassung nur eingebracht werden von

1. einem Mitglied der Landessynode, sofern der Antrag von mindestens zehn Mitgliedern der Landessynode unterstützt wurde,
2. der Kirchenleitung.

(5) 1Selbstständige Anträge, Vorlagen und Gesetzesvorlagen (Beschlussvorlagen) müssen eine Begründung enthalten und spätestens einen Monat vor dem Tag des Beginns der Tagung der Landessynode bei der Geschäftsstelle schriftlich oder in Textform eingegangen sein. 2Gesetzesvorlagen und Haushaltsvorlagen müssen, andere Vorlagen und Anträge sollen den Synodalen spätestens zwei Wochen vor dem Tag des Beginns der Tagung der Landessynode zur Verfügung stehen. 3Auf Wunsch eines Mitgliedes oder stellvertretenden Mitgliedes sind die Unterlagen ihm in schriftlicher Form zu übermitteln.

§ 20

Beratung von Beschlussvorlagen im Allgemeinen

(1) 1Die Beratung einer Beschlussvorlage beginnt mit einer allgemeinen Aussprache über die gesamte Vorlage. 2Sodann erfolgen eine Einzelberatung und eine Einzelabstimmung über jeden selbstständigen Teil der Vorlage. 3Die Landessynode kann die Reihenfolge der

Teile ändern und mehrere Teile verbinden. 4An die Einzelabstimmung schließt sich die Schlussabstimmung über die gesamte Vorlage in der Fassung an, die sie durch die Einzelabstimmungen erhalten hat.

(2) Die Landessynode kann vor der Schlussabstimmung eine zweite Lesung der Vorlage beschließen.

(3) Nach der Schlussabstimmung stellt das Präsidium unverzüglich den Wortlaut der beschlossenen Vorlage fest.

§ 21

Beratung von Gesetzesvorlagen

(1) Die Landessynode beschließt über eine Gesetzesvorlage in zweimaliger Lesung an verschiedenen Sitzungstagen.

(2) In der zweiten Lesung einer Gesetzesvorlage kann abweichend von § 25 Absatz 1 Satz 1 nur noch beraten und abgestimmt werden über Anträge

1. der Vorlageberechtigten nach § 19 Absatz 4,
2. der Ausschüsse, die an der Beratung nach § 24 beteiligt waren, sowie über Änderungsanträge, die sich auf diese Anträge beziehen.

§ 22

Beratung des Haushalts

(1) Grundlagen der Beratung des Haushalts sind der von der Kirchenleitung beschlossene Entwurf des Haushaltsbeschlusses und des Haushalts sowie die Stellungnahme des Finanzausschusses.

(2) 1Änderungsanträge bedürfen der Unterstützung von mindestens zehn Synodalen während der Tagung. 2Auf Verlangen des vorsitzenden Mitgliedes oder von drei Mitgliedern des Finanzausschusses ist diesem durch Unterbrechung der Beratung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 23

Mitwirkung der Theologischen Kammer

(1) Zu Vorlagen an die Landessynode, die das Bekenntnis, das gottesdienstliche Leben und die kirchliche Lebensordnung betreffen, muss eine Stellungnahme der Theologischen Kammer eingeholt werden.

(2) Eine Vorlage nach Absatz 1, die die Theologische Kammer in ihrer Stellungnahme ganz oder teilweise ablehnt, kann, wenn sie nicht entsprechend geändert wird, nicht am Tage der ersten Beratung von der Landessynode beschlossen werden.

§ 24

Beteiligung der Ausschüsse

- (1) 1Gesetzesvorlagen der Kirchenleitung sollen vor der Beratung in der Landessynode im federführenden Rechtsausschuss und gegebenenfalls in weiteren ständigen Ausschüssen beraten werden. 2Das Votum der Ausschüsse soll der Kirchenleitung zu ihrer letzten regulären Sitzung vor dem Versand an die Synodalen übermittelt werden. 3Die Kirchenleitung kann Änderungsvorschläge der Ausschüsse in ihre Vorlage übernehmen.
- (2) 1Das Präsidium kann eine Vorlage, auch eine Gesetzesvorlage einer bzw. eines Synodalen, vor der Beratung in der Landessynode an einen Ausschuss oder an mehrere Ausschüsse überweisen. 2Bei der Überweisung an mehrere Ausschüsse bestimmt das Präsidium den federführenden Ausschuss.
- (3) 1Die Landessynode kann vor den Schlussabstimmungen in erster bzw. in zweiter Lesung beschließen, eine Vorlage an einen Ausschuss oder an mehrere Ausschüsse zu überweisen. 2Bei der Überweisung an mehrere Ausschüsse bestimmt die Landessynode den federführenden Ausschuss und den Zeitpunkt der Wiedervorlage.
- (4) 1Wird eine Gesetzesvorlage durch Synodenbeschluss an einen Ausschuss oder an mehrere Ausschüsse überwiesen, ist Grundlage der Beratung in der Landessynode die vom federführenden Ausschuss vorgeschlagene Fassung der Vorlage. 2Nach der Ausschussberatung finden zwei Lesungen statt, wenn die Vorlage auf einer späteren Tagung beraten wird.
- (5) 1Ein Antrag auf Überweisung an einen Ausschuss hat Vorrang vor Anträgen zur Sache; er kann mündlich gestellt werden. 2Sachanträge sind dann dem Ausschuss zur Bearbeitung zugewiesen. 3Sie gelten mit dem Ausschussbericht als erledigt.

§ 25

Änderungsanträge

- (1) 1Während der Tagung können Synodale und ständige Ausschüsse der Landessynode in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich schriftlich oder in Textform Änderungsanträge zu Verhandlungsgegenständen nach den §§ 19 bis 22 stellen. 2Jeder Antrag ist so zu fassen, dass über ihn mit „Ja“ oder „Nein“ abgestimmt werden kann. 3Anträge sollen vor der Abstimmung verlesen werden.
- (2) 1Anträge zu Gesetzesvorlagen können bis zum Eintritt in die Einzelabstimmung über den betreffenden Teil der Vorlage gestellt werden. 2Die Abstimmung über einen Antrag, der sich auf einen durch Einzelabstimmung erledigten Teil einer Gesetzesvorlage bezieht, ist auf der gleichen Tagung nur zulässig, wenn drei Viertel der anwesenden Synodalen zustimmen.
- (3) Liegen mehrere Anträge zum gleichen Teil einer Vorlage vor, ist zunächst über den Antrag abzustimmen, der von der Vorlage am weitesten abweicht.

(4) ¹Das Präsidium teilt die Anträge, über die abgestimmt werden soll, und die Reihenfolge der Abstimmungen mit. ²Werden Einwendungen gegen die Fassung der Anträge oder die Reihenfolge der Abstimmung erhoben und Gegenvorschläge gemacht, entscheidet darüber die Landessynode.

(5) Die Anträge werden in der Reihenfolge „Ja“ – „Nein“ – „Enthaltung“ zur Abstimmung gestellt.

§ 26

Abstimmungen

(1) ¹In den Abstimmungen ist die Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Synodalen erforderlich; bei der Ermittlung der Mehrheit bleiben Stimmenthaltungen außer Betracht. ²Es wird offen mit Stimmkarten oder einem anderen entsprechenden offenen Abstimmungsverfahren, das eine individuelle Zuordnung der Stimme ermöglicht, abgestimmt. ³Auf Antrag von mindestens dreißig Synodalen hat eine geheime Abstimmung zu erfolgen. ⁴Das Stimmergebnis ist vom Präsidium getrennt nach Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und Enthaltungen festzustellen. ⁵Für geheime Abstimmungen gilt § 27 Absatz 7 und 8 entsprechend.

(2) Kirchengesetze zur Änderung der Verfassung bedürfen in der zweiten Lesung der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder der Landessynode.

§ 27

Wahlen

(1) Die vorläufige Tagesordnung soll im Einzelnen aufführen, welche Wahlen vorgesehen sind.

(2) ¹Der Nominierungsausschuss schlägt Kandidatinnen und Kandidaten vor. ²Sie sollen vor der Tagung der Landessynode bekannt gegeben werden. ³Ist dies nicht möglich, soll zwischen dem Einbringen der Namen durch den Nominierungsausschuss und der Wahl eine Zeitspanne liegen, die eine längere Pause einschließt. ⁴Weitere Vorschläge sind zulässig, wenn sie von zehn Synodalen während der Tagung unterstützt werden.

(3) Hat die Landessynode aus ihrer Mitte zu wählen, sind stellvertretende Mitglieder nicht wählbar.

(4) ¹Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen dem Vorschlag ihre Zustimmung erteilt haben. ²Sie stellen sich der Landessynode vor oder werden in geeigneter Weise vorgestellt. ³Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten sind zulässig. ⁴Eine Aussprache findet nicht statt. ⁵Zur Wahl vorgeschlagene Synodale sind an der Ausübung ihres aktiven Wahlrechts nicht gehindert.

(5) ¹Die Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern findet in der Regel in einem Wahlgang statt. ²Dann sind diejenigen Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zu

Mitgliedern gewählt worden sind, stellvertretende Mitglieder. ³Die Reihenfolge, in der sie die Stellvertretung wahrnehmen, bestimmt sich nach der Zahl der auf sie entfallenen Stimmen. ⁴§ 31 Absatz 2 ist zu beachten. ⁵Die Landessynode kann nach Frage des Präsidiums mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Synodalen die Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern in getrennten Wahlgängen beschließen.

(6) ¹Gewählt wird geheim mit Stimmzetteln, auf denen die Kandidatinnen und Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt werden. ²Dabei hat jede bzw. jeder Synodale so viele Stimmen, wie Mandate zu vergeben sind. ³Offen nach § 26 Absatz 1 Satz 2 kann gewählt werden, wenn nur so viele Personen kandidieren, wie in das jeweilige Gremium zu wählen sind, und sich kein Widerspruch erhebt.

(7) ¹Für geheime Wahlen kann auch ein entsprechendes elektronisches System, das eine anonyme Stimmabgabe ermöglicht, genutzt werden. ²Findet die Tagung als Videokonferenz statt, soll das elektronische System mit anonymer Stimmabgabe oder alternativ eine schriftliche Stimmabgabe per Brief erfolgen; dazu werden den an der Tagung teilnehmenden Mitgliedern der Landessynode einheitliche Stimmzettel und Umschläge zur Verfügung gestellt.

(8) ¹Bei der Auszählung der Stimmzettel müssen mindestens zwei Synodale mitwirken. ²Die Stimmzettel sind nach der Zählung in einem Umschlag zu verschließen und bis zur Genehmigung des Beschlussprotokolls und der Wortniederschrift aufzubewahren.

(9) ¹Gewählt ist, wer die meisten Stimmen der anwesenden Synodalen erhält, wenn nichts anderes bestimmt ist. ²Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das von der bzw. dem Präses gezogen wird. ³Steht nur eine Person zur Wahl, ist die Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Synodalen erforderlich; dies gilt auch, wenn offen gewählt wird.

§ 28

Anfragen

(1) Jedes Mitglied der Landessynode kann Anfragen an die Kirchenleitung oder an die Bischöfinnen und die Bischöfe über Angelegenheiten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland richten.

(2) ¹Die Anfragen sind spätestens zwei Wochen vor dem Tag des Beginns der Tagung der Landessynode beim Präsidium schriftlich oder in Textform einzureichen. ²Das Präsidium lässt die Anfragen an die Synodalen verteilen und bestimmt den Zeitpunkt und die Dauer der Beantwortung. ³§ 19 Absatz 5 Satz 3 gilt entsprechend.

(3) ¹Die Anfragen werden mündlich beantwortet. ²Nach der Antwort ist der Fragestellerin bzw. dem Fragesteller Gelegenheit zu zwei Zusatzfragen zu geben. ³Danach sind zwei weitere Zusatzfragen anderer Synodaler zugelassen. ⁴Eine Aussprache findet nicht statt.

§ 29**Eingaben**

1Eingaben von Gemeindegliedern, die nicht Synodale sind, erledigt das Präsidium. 2Das Präsidium unterrichtet die Eingebende bzw. den Eingebenden und die Landessynode.

Abschnitt 5**Ausschüsse****§ 30****Aufgaben**

(1) Die Landessynode bildet aus ihrer Mitte folgende ständige Ausschüsse:

1. Finanzausschuss,
2. Rechtsausschuss,
3. Rechnungsprüfungsausschuss,
4. Geschäftsordnungsausschuss,
5. Nominierungsausschuss.

(2) 1Die Landessynode kann weitere beratende Ausschüsse bilden. 2Ihre Aufgabenstellung ist vor der Wahl festzulegen.

(3) Die ständigen Ausschüsse können auch außerhalb der Tagungen der Landessynode zusammentreten, die weiteren Ausschüsse nur mit Genehmigung des Präsidiums.

§ 31**Zusammensetzung**

(1) 1Soweit durch Kirchengesetz nichts anderes bestimmt ist, sollen die Ausschüsse nicht mehr als zehn Mitglieder haben. 2Die Zahl kann jederzeit durch Beschluss der Landessynode geändert werden. 3Soll sie vermindert werden, wird der Ausschuss neu gewählt.

(2) 1Soweit nichts anderes bestimmt ist, werden in die ständigen Ausschüsse jeweils zwei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter gewählt. 2Die Zahl möglicher stellvertretender Mitglieder weiterer Ausschüsse ist vor der Wahl festzulegen.

(3) 1Bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Bildung der Ausschüsse sollen Frauen und Männer sowie die sonstige Zusammensetzung der Landessynode in ausgewogener Weise berücksichtigt werden. 2Die ehrenamtlichen Mitglieder der Landessynode stellen die Mehrheit der Mitglieder eines Ausschusses, dem jedoch mindestens eine Pastorin bzw. ein Pastor und eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter angehören soll. 3Satz 2 findet keine Anwendung für die Wahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter.

- (4) ¹Mitglieder von ständigen Ausschüssen können nur Mitglieder der Landessynode sein, soweit nicht durch Kirchengesetz etwas Anderes bestimmt ist. ²Weiteren Ausschüssen können auch Stellvertreterinnen oder Stellvertreter von Mitgliedern der Landessynode und Teilnahmeberechtigte gemäß § 12 Absatz 1 angehören.
- (5) Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der Kirchenleitung können nicht Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses sein.
- (6) ¹Ein Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. ²Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst.
- (7) ¹Die stellvertretenden Mitglieder sind zugleich Ersatzmitglieder, soweit nichts Anderes bestimmt ist. ²Absatz 3 Satz 2 findet Anwendung.

§ 32

Einberufung, Sitzungen

- (1) ¹Jeder Ausschuss wird, soweit nichts anderes beschlossen ist, zu seiner ersten Sitzung vom Präsidium einberufen. ²Er wählt auf dieser Sitzung aus seiner Mitte ein vorsitzendes und ein stellvertretendes vorsitzendes Mitglied. ³Diese müssen Mitglieder der Landessynode sein.
- (2) ¹Das vorsitzende Mitglied setzt Ort, Termin, Zeit und Verfahrensweise sowie die voraussichtliche Dauer der Sitzungen fest, bestimmt die vorläufige Tagesordnung und unterrichtet die bzw. den Präses sowie die Referentin bzw. den Referenten der Kirchenleitung hierüber. ²Die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung finden auf die Arbeit der Ausschüsse entsprechende Anwendung.
- (3) ¹Die Sitzungen des jeweiligen Ausschusses sind nicht öffentlich. ²Mitglieder des Präsidiums sowie Mitglieder der Kirchenleitung können an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen. ³Der Ausschuss kann seine stellvertretenden Mitglieder zur Teilnahme an den Sitzungen zulassen. ⁴Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter des Landeskirchenamtes können jederzeit hinzugezogen werden. ⁵Der Ausschuss kann mit Zustimmung des Präsidiums Fachberaterinnen bzw. Fachberater an seiner Arbeit beteiligen. ⁶Dafür erforderliche Mittel müssen vom Präsidium vorher bewilligt worden sein.
- (4) ¹Die Kommunikationsdirektorin bzw. der Kommunikationsdirektor oder im Verhinderungsfall die zu ihrer bzw. seiner Vertretung bestimmte Person wird zur Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse als Gast eingeladen. ²Soll eine Sitzung ganz oder teilweise ohne Gast stattfinden, ist in der Einladung darauf hinzuweisen. ³Satz 1 findet keine Anwendung beim Rechnungsprüfungsausschuss sowie bei Ausschüssen, die Personalangelegenheiten in ihrer Sitzung beraten.
- (5) ¹Jedem ständigen Ausschuss wird vom Präsidium eine Geschäftsführung zugeordnet. ²Weiteren Ausschüssen kann vom Präsidium eine Geschäftsführung zugeordnet werden. ³Zur Geschäftsführung gehört auch das Anfertigen von Sitzungsniederschriften.

(6) Sitzungsniederschriften nach Absatz 5 werden unverzüglich dem Präsidium, der Kommunikationsdirektorin bzw. dem Kommunikationsdirektor und der Referentin bzw. dem Referenten der Kirchenleitung zugeleitet.

Abschnitt 6 Allgemeines

§ 33

Geschäftsstelle der Landessynode

- (1) ¹Die Geschäftsstelle der Landessynode erledigt die für die Vorbereitung und Durchführung der Tagungen erforderlichen Arbeiten. ²Die Geschäftsstelle sorgt für die Zusammenstellung und Versendung der Tagungsniederschriften. ³Sie vermittelt den Geschäftsverkehr der bzw. des Präses und des Präsidiums und unterstützt die Arbeit der Ausschüsse.
- (2) ¹Das Landeskirchenamt nimmt, soweit nichts anderes bestimmt ist, die Aufgaben der Geschäftsstelle wahr. ²Es sorgt auf Antrag des Präsidiums für die personelle und sachliche Ausstattung der Geschäftsstelle.

§ 34

Anwendung der Geschäftsordnung

- (1) ¹Über Zweifel im Hinblick auf die Auslegung oder Anwendung dieser Geschäftsordnung im Einzelfall entscheidet das Präsidium oder auf Frage des Präsidiums die Landessynode. ²Die bindende Auslegung über den Einzelfall hinaus beschließt die Landessynode aufgrund eines Vorschlags des Geschäftsordnungsausschusses.
- (2) ¹Die Landessynode kann mit Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Synodalen über eine Abweichung von der Geschäftsordnung beschließen. ²Soweit die Geschäftsordnung eine gesetzliche Regelung wiedergibt, sind Abweichungen nicht möglich.
- (3) Änderungen der Geschäftsordnung werden nach Beratung im Geschäftsordnungsausschuss von der Landessynode beschlossen.

Abschnitt 7
Schlussbestimmung

§ 35

Inkrafttreten, Außerkrafttreten¹

¹Die Geschäftsordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.² ²Zeitgleich tritt die Vorläufige Geschäftsordnung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland vom 18. Oktober 2012 außer Kraft.

¹ Red. Anm.: Die III. Landessynode hat die Geschäftsordnung auf ihrer Tagung vom 20. bis 22. Februar 2025 für sich bestätigt.

² Red. Anm.: Die Geschäftsordnung trat am 3. Januar 2014 in Kraft.

**Anlage 1
(zu § 18a)****Schutzkonzept für die Landessynode der Nordkirche****Leitbild der Landessynode der Nordkirche**

Jegliches Handeln der Landessynode der Nordkirche ist an christlich-ethischen Werten und Prinzipien orientiert, insbesondere an Rechtschaffenheit und Respekt.

Aus dem christlichen Menschenbild erwachsen die Verantwortung und der Auftrag, Personen im Wirkungskreis der evangelischen Kirche, insbesondere Kinder, Jugendliche, hilfe- und unterstützungsbedürftige Personen sowie Personen in Abhängigkeitsverhältnissen vor Mobbing, Belästigung, körperlicher sowie sexualisierter Gewalt zu schützen und ihre Würde zu bewahren. Dies beinhaltet auch den Schutz der geschlechtlichen und sexuellen Selbstbestimmung.

Vor dem Hintergrund sexualisierter Gewalt auch im Bereich der evangelischen Kirche und der Diakonie verpflichtet der kirchliche Auftrag alle in der Kirche Mitwirkenden zu einer Haltung der Achtsamkeit, der Aufmerksamkeit, des Respekts und der Wertschätzung sowie der grenzachtenden Kommunikation gegenüber jeder Person. Diese Haltung ist Ausdruck des Anspruchs, jederzeit die allen Personen eigene Menschenwürde zu wahren.

Die Landessynode der Nordkirche duldet keine Form der Diskriminierung.

Das Präsidium der Landessynode und die Mitglieder der Kirchenleitung haben eine herausgehobene Vorbildfunktion. Ihr Handeln wird als Orientierung und Maßstab herangezogen. Dadurch tragen sie eine besondere Verantwortung.

Pflichten der Teilnehmenden

Alle, die als Synodale, Teilnahmeberechtigte, Gäste oder weitere Personen an der Landessynode der Nordkirche teilnehmen (Teilnehmende) kommen folgenden Pflichten nach, die sich aus dem Leitbild ergeben:

- Wahrung der Grundrechte jeder Person ohne jegliche Form der Diskriminierung,
- respektvoller Umgang und ein verantwortungsbewusster Umgang mit Nähe und Distanz,
- keine Abwertung oder Ausgrenzung anderer Personen durch Sprache und bzw. oder Verhaltensweisen,
- keine Ausnutzung der eigenen Funktion, um die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen,
- Schutz aller Personen im Rahmen der Synode vor physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt,

- Beachtung der gesetzlichen und kirchenrechtlichen Vorschriften zum Schutz vor sexualisierter Gewalt,
- keine sexuellen Handlungen mit Schutzbefohlenen, Minderjährigen oder gegen den Willen anderer erwachsener Personen,
- Einhaltung des Abstinenzgebots und Abstandsgebots des Präventionsgesetzes der Nordkirche (§ 3 PräVG).

Sensibilisierung

Die Teilnehmenden sollen für die Thematik sensibilisiert und zum präventiven Handeln befähigt werden. Ziel ist ein respektvoller und grenzachtender Umgang aller Teilnehmenden untereinander. Die Stabsstelle Prävention der Nordkirche bietet dazu ein E-Learning an, an dem alle Synodalen im ersten Jahr nach der konstituierenden Sitzung der Landessynode teilnehmen sollen. Die Ansprechpersonen der Landessynode sollen eine Basisfortbildung durchlaufen haben oder sollen dieses unverzüglich nach ihrer Wahl nachholen.

Meldungen

• Meldestelle (Meldebeauftragte)

Die Ausführungsverordnung zum Präventionsgesetz (PrävGAusfVO) benennt die Aufgaben einer meldebeauftragten Person: „Die Meldebeauftragten sind Ansprechpersonen, die Meldungen erfassen, weiterleiten und die meldenden Personen über das weitere Verfahren sowie Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten informieren. Sie stehen auch Betroffenen, Zeuginnen und Zeugen zur Verfügung. Die bzw. der Meldebeauftragte führt keine seelsorgerliche, therapeutische oder rechtliche Beratung durch.“ (§ 7 Absatz 1 PräVGausfVO)

Die Stabsstelle Prävention ist die Meldestelle der Landeskirche und damit auch für die Landessynode der Nordkirche. Sie ist zuständig für Verdachtsfälle und Meldungen von sexualisierter Gewalt und Grenzverletzungen. Meldungen gehen an meldung@praevention.nordkirche.de oder per Telefon 040 4321 6769¹. Von dort wird das Verfahren gesteuert.

• Meldepflicht und Anspruch auf Beratung

§ 6 Absatz 1 des Präventionsgesetzes der Nordkirche begründet eine Meldepflicht für Fälle sexualisierter Gewalt. Teilnehmende haben zureichende Anhaltspunkte für den Verdacht einer Verletzung des Abstinenzgebotes und des Abstandsgebotes oder sexualisierter Gewalt im kirchlichen Bereich unverzüglich zu melden. Teilnehmenden ist die Erfüllung ihrer Meldepflicht auch unter Wahrung der Vertraulichkeit zu ermöglichen.

Unberührt bleiben arbeits- und disziplinarrechtliche Pflichten, insbesondere zum Schutz des Beichtgeheimnisses und der seelsorglichen Schweigepflicht sowie gesetzliche Melde-

¹ Wenn sich Kontaktdaten ändern, sind sie entsprechend anzupassen.

oder Beteiligungspflichten, die sich insbesondere aus Vorschriften des Kinder- und Jugendschutzes ergeben. Für Personen, die selbst von sexualisierter Gewalt betroffen sind, gilt die Meldepflicht nicht.

Diese Meldepflicht ist kombiniert mit einem Anspruch auf Beratung durch die Meldestelle (Stabsstelle Prävention der Nordkirche) oder eine andere Stelle, zum Beispiel die von der Nordkirche beauftragte unabhängige Ansprechstelle (UNA) oder eine unabhängige Fachberatungsstelle zur Einschätzung eines Vorfalls.

• **Ansprechpersonen**

Zusätzlich gibt es mindestens zwei aus ihrer Mitte gewählte Ansprechpersonen in der Landessynode, wenn Teilnehmende sich zu einem Vorfall beraten lassen, einen Verdacht besprechen oder einen Fall melden möchten. Die Ansprechpersonen nehmen auch Meldungen und Beschwerden zu anderen Gewaltformen und Diskriminierungen entgegen.

Die Ansprechpersonen sind persönlich und via E-Mail (Funktionsaccount@synode.nordkirche.de¹, dann Weiterleitung) vor, während und nach einer Synodentagung ansprechbar. Ihre Namen werden in der Einladung zu den Tagungen der Landessynode mitgeteilt.

In einem geschützten Raum wird das Anliegen vertrauensvoll besprochen, wahrgenommen, ernst genommen. Weitere Schritte werden geklärt. Die Unterstützung und der Schutz einer möglicherweise betroffenen Person haben immer oberste Priorität.

In Abstimmung mit der betroffenen Person gibt die Ansprechperson den Fall zur Stabsstelle Prävention der Nordkirche.

• **Externe Beratung**

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland hat WENDEPUNKT e. V. beauftragt, für sie als unabhängige Ansprechstelle (UNA) tätig zu werden. Personen, die von sexualisierter Gewalt im Zuständigkeitsbereich der Nordkirche betroffen sind oder davon erfahren haben, können hier kostenlos weiterführende Hilfe bekommen. Auch eine anonymisierte Fachberatung ist möglich.

Tel.: 0800 022 099 (kostenfrei), montags 09:00 bis 11:00 Uhr, mittwochs 15:00 bis 17:00 Uhr; außerhalb der Sprechzeiten wird innerhalb von 24 Stunden zurückgerufen¹.

E-Mail: una@wendepunkt-ev.de; www.wendepunkt-ev.de¹.

Den Betroffenen bleibt es unbenommen, sich auch an eine andere Fachberatungsstelle zum Thema sexualisierte Gewalt zu wenden.

• **Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden**

Die Strafverfolgungsbehörden sollen grundsätzlich immer und so früh wie möglich benachrichtigt werden. Dabei ist § 12 PräVGAusfVO zu beachten. Eigene Handlungen, die die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörde stören, sind zu unterlassen.

¹ Wenn sich Kontaktdaten ändern, sind sie entsprechend anzupassen.

Evaluation

Nach zwei Jahren soll das Schutzkonzept evaluiert werden. Dies wird unterstützt durch eine Befragung der Landessynodalen, die durch das Präsidium oder einen synodalen Ausschuss initiiert wird. Zu den Fragen kann die Stabsstelle Prävention der Nordkirche beraten.

